



NIEDERSCHRIFT

über die 44. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 28.01.2014,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:01

Ende: 21:02



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Rudolf Boesche

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

ab TOP 5 ö.S. 17.51 Uhr

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Günter Scharhag

Michael Scheid

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Parteilos

Franco Casella

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Gerhard Blumer

(Friedhofsverwaltung)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser

(Rechnungsprüfungsamt)

Matthias Schmauder

(Geschäftsführer Landesgartenschau Landau GmbH)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold

(Ortsvorsteherin Dammheim)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Wilhelm Prokop

FDP

Dr. Elke Wissing

Unentschuldigt

CDU

Sandro Zandonella



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass das Ratsmitglied Magdalena Schwarzmüller mit Wirkung vom 20. Januar 2014 der SPD-Stadtratsfraktion beigetreten ist.

Der Vorsitzende beantragte, eine Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung als Tagesordnungspunkt 3 auf die nichtöffentliche Sitzung zu nehmen. Die Vorlage sei den Fraktionen am Montag zugestellt worden.

Ratsmitglied Marquardt sprach sich gegen eine Aufnahme auf die Tagesordnung aus. Die Verhandlungen würden schon seit Sommer laufen, so dass hier kein dringender Handlungsbedarf bestehe. Man könne die Vorlage auch in der nächsten Sitzung behandeln.

Ratsmitglied Lerch wollte wissen, warum man hier nicht den normalen Sitzungsablauf genommen habe, wenn das Ergebnis schon am 6. Januar vorgelegen habe.

Herr Messemer entgegnete, dass es noch Terminabstimmungen im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gegeben habe.

Ratsmitglied Lerch erwiderte, dass man dies heute akzeptieren werde. Für die Zukunft bitte er um frühzeitigere Beteiligung der Ausschüsse.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen die Ergänzung der Tagesordnung.

Der Vorsitzende teilte mit, dass am vergangenen Mittwoch ein Antrag der CDU-Stadtratsfraktion einging, zum Thema „Interaktive Angebote zur Bürgerbeteiligung“ eine Anhörung durchzuführen. Nach der Geschäftsordnung des Stadtrates sei dieser Antrag nicht fristgerecht eingegangen. Da der Antrag aber im Sachzusammenhang mit dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stehe, schlage er vor ihn als Tagesordnungspunkt 8.1 mit zu behandeln.

Der Stadtrat beschloss einstimmig, die Tagesordnung um den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu ergänzen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Barbara Borgeot-Klein und Herrn Dr. Heinrich Metz
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufhebung der Parkraumbewirtschaftung in der Hindenburgstraße
Vorlage: 101/193/2014
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Umsetzung weiterer verkehrsberuhigender Maßnahmen in Wohngebieten
Vorlage: 101/194/2014



5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Optische Aufwertung der Sperrung an der Queichbrücke An 44
Vorlage: 101/195/2014
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Zustand der Landauer Brücken und Straßen
Vorlage: 101/197/2014
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Festlegung eines festen Abschlussdatums für den Thomas-Nast-Nikolausmarkt
Vorlage: 101/196/2014
8. Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Bürgerbeteiligungs- und Bürgerinformationsplattform
Vorlage: 101/198/2014
- 8.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Anhörung zum Thema "Interaktive Angebote zur Bürgerbeteiligung"
Vorlage: 101/199/2014
9. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Reth-Scholten
Vorlage: 100/113/2013
10. 8. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 200/141/2014
11. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ - Vermarktungsstrategie 2014
Vorlage: 610/259/2013
12. Satzung über die 1. Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplangebietes D 10 „Gewerbegebiet Froschau“ (neue Benennung „Gewerbepark Messegelände-Ost“) der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/260/2014
13. Kampfmittelbelastungskarte
Vorlage: 860/224/2014
14. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Perret erklärte, dass die Horststraße seit Jahren extrem belastet sei. Nun sei die Horstbrücke marode und müsse erneuert werden. Er stelle die Frage, ob man die marode Brücke nicht abreißen und an anderer Stelle wiederaufbauen könne. Dies wäre möglich, um den Schwerverkehr in die Taubensuhlstraße und in die Straße Im Justus zu lenken. Aus seiner Sicht hätte dies den weiteren Vorteil, dass man die Brücke während der Bauarbeiten weiter benutzen könnte. Wenn man sie abreiße, werde das Chaos in der Schneiderstraße noch größer.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Pkw-Verkehr überall in Deutschland zugenommen habe, also auch in Landau. Es gebe in Landau allerdings Straßen, die seien deutlich stärker belastet als die Horststraße. Die Verkehrsströme würden sich nur in begrenztem Maße lenken lassen. Von der Verwaltung sei hier nichts verschlampt worden. Zu dem Zeitpunkt, als die Brücke mit 3,0 bewertet worden sei, hätte man beim Land keinen Förderantrag stellen dürfen. Man müsse aber auch ehrlich sagen, dass es bei aller Anstrengung zwei Jahre dauern werde bis man mit dem Neubau beginnen könne. Er sei aber generell um jeden Vorschlag dankbar.

Herr Bernhard ergänzte, dass man im Zuge der Neuplanung der Brücke natürlich auch Alternativstandorte untersuchen werde. Man sei immer gehalten, eine wirtschaftliche Lösung zu planen und umzusetzen. So abwegig sei ein Alternativstandort nicht, wobei man aber Vor- und Nachteile prüfen müsse. Es werde aber mit Sicherheit eine Prüfung verschiedener Varianten geben.

Frau Mayer sprach die Verkehrssituation an der Einfahrt zur Wellbachstraße an. Niemand halte sich daran, dass dies eigentlich eine Anliegerstraße sei. Alles sei zugeparkt, deshalb wolle sie fragen, ob man die Zufahrt zur Wellbachstraße nicht sperren könne.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Unternehmen frühzeitig angeschrieben worden seien. Man sei bemüht, bei der Horstbrücke noch eine Lösung zu finden. Derzeit prüfe man auch eine Kameraüberwachung, was für alle Beteiligten die beste Lösung wäre. Dies koste aber bis zu 100.000 Euro, so dass man hier Kosten und Nutzen abwägen müsse.

Herr Bernhard gab zu bedenken, dass bei einer Sperrung es immer schwierig sei, zwischen Ziel-, Quell- und Durchgangsverkehr zu unterscheiden. Wenn man sperren müsse man komplett sperren und dann seien auch die Anwohner betroffen. Eine Sperrung habe immer Vor- und Nachteile.

Herr Schmitt sprach den Bauboom in Landau an. Allerdings sei manche Entwicklung nicht gut für die Wohn- und Lebensqualität in Landau. Ein Beispiel hierfür sei die Bebauung des ehemaligen Deck'erschen Anwesens in der Schlachthofstraße. Es stelle sich die Frage, ob man bereit sei dieses ungebremste Wachstum auch mal kritisch zu betrachten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es insgesamt eine sehr positive Entwicklung in Landau gebe. Es gebe immer Punkte in der Stadtentwicklung, mit denen man am Ende nicht zufrieden ist. Grenzen seien dann gesetzt, wenn die Stadt ein Baugesuch für eine Innenentwicklung rechtlich nicht ablehnen könne. Man müsse es nicht auf die Spitze treiben, wenn klar sei, dass man vor Gericht unterliegen werde. Natürlich versuche man bei Projekten auch mit hoher Qualität zu steuern.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau an Frau Barbara Borgeot-Klein und Herrn Dr. Heinrich Metz

Der Vorsitzende würdigte die Verdienste von Frau Barbara Borgeot-Klein und Herrn Dr. Heinrich Metz. Geehrt würden beide für ihre Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft. Unser heutiger Wohlstand gründe auch auf die Handreichung zwischen Deutschen und Franzosen nach dem 2. Weltkrieg. Umso wichtiger sei die Arbeit vor Ort, denn Menschen würden Freunde, nicht Staaten. Frau Borgeot-Klein und Herr Dr. Metz seien seit über 20 Jahren Präsidenten der Deutsch-Französischen Gesellschaft in Landau. Beide führen die DFG mit unglaublich hohem Engagement. Mittlerweile habe die Deutsch-Französische Gesellschaft über 500 Mitglieder, darunter auch weiterhin französische Staatsangehörige. Die DFG sei die Achse der deutsch-französischen Verständigung und leiste mit ihren Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. Hierzu gehörten deutsch-französische Stammtische, Wanderungen, Lesungen, Kulturreisen und Sprachkurse. Frau Borgeot-Klein sei darüber hinaus Mitglied im Vorstand der Michel-Breal-Gesellschaft. Herr Dr. Metz sei 1994 für seine Verdienste mit einem hohen Orden der französischen Republik ausgezeichnet worden.

Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung der Verdienste von Frau Borgeot-Klein und Herrn Dr. Metz um die deutsch-französische Freundschaft gerade im Jahr des 50-jährigen Partnerschaftsjubiläums mit Hagenau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunden und überreichte Frau Barbara Borgeot-Klein und Herrn Dr. Heinrich Metz die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Dr. Metz bedankte sich auch im Namen von Frau Borgeot-Klein für die Ehrung. Die Leitung einer so großen und aktiven Gesellschaft verlange eine Unmenge an ehrenamtlicher Arbeit. Dies sei manchmal sehr erdrückend, aber oft auch sehr erfreulich. Diese Ehrung durch die Stadt Landau sei Ermunterung, die Arbeit weiter zu machen im Interesse der deutsch-französischen Freundschaft für Europa.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufhebung der Parkraumbewirtschaftung in der Hindenburgstraße

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 30. Dezember 2013, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heuberger begründete den Antrag. Es sei festzustellen, dass die Parkplätze entlang der Hindenburgstraße oberhalb der Immelmannstraße häufig leer stehen würden. Dagegen sei die Belastung durch parkende Autos im Fliegerviertel extrem angestiegen. Für die Anwohner sei dies eine Beschwerde. Autofahrer würden die kostenpflichtigen Parkplätze nach Möglichkeit vermeiden. Damit werde der Sinn einer Lenkung, wie sie beabsichtigt gewesen sei, verfehlt. Die CDU-Stadtratsfraktion beantrage daher, ab dem Eingang Zoo nach Norden hin die Bewirtschaftung aufzuheben.

Ratsmitglied Marquardt war der Auffassung, dass die Parkraumbewirtschaftung in diesem Bereich ein Ausfluss des Kommunalen Entschuldungsfonds gewesen sei. Er glaube, dass die CDU hier vor der Kommunalwahl ihrem Wählerklientel noch einen Haken hinwerfen wolle. Wenn man sich hier Gedanken mache, müsse man die Parkraumbewirtschaftung in der gesamten Stadt auf ihren Sinn untersuchen.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass er froh sei dass sich die CDU mit diesem Antrag nicht an der UBFL orientiere. Zu Beginn der Parkraumbewirtschaftung an dieser Stelle habe man vereinbart, dass man nach einer gewissen Zeit die Rentabilität überprüfe. Er sehe es als sinnvoll an, den Antrag im Detail im Ausschuss zu diskutieren. Der Stadtrat sei hier für eine Diskussionsrunde zu groß.

Ratsmitglied Schröder wollte wissen, wie hoch denn die Einnahmen seien.

Der Vorsitzende antwortete, dass man dies im Ausschuss beantworten und diskutieren werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 30. Dezember 2013, die Parkbewirtschaftung in der Hindenburgstraße zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzuheben, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Umsetzung weiterer verkehrsberuhigender Maßnahmen in Wohngebieten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Der Antrag begründe sich auf dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach mehr Verkehrssicherheit in Wohngebieten und einer angemessenen Fahrgeschwindigkeit. Dieser Antrag würde einen Lückenschluss bedeuten im Stadtgebiet. Man käme dem gesteckten Ziel näher, die Innenstadt möglichst flächendeckend und sinnvoll in einen verkehrsberuhigten Bereich umzuwandeln. Mit einer Überweisung in den Bauausschuss sei man einverstanden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es eine Herausforderung sei, Verkehre zu lenken und zu beruhigen.

Ratsmitglied Heuberger erinnerte, dass es eine Gesamtplanung über Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung gebe. Er frage sich, ob es Sinn mache immer nur kleine Häppchen herauszunehmen. Gegebenenfalls müsse man diesen Gesamtplan fortschreiben.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug vor, den Antrag auch in Arbeitskreis Verkehr vor zu beraten. Ihres Wissens nach sei diese Gesamtplanung im letzten AK Verkehr verteilt worden. Für sie mache es durchaus Sinn, kleinere Lösungen umzusetzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Januar 2014, weitere verkehrsberuhigte Maßnahmen in Wohngebieten umzusetzen, wird in den Arbeitskreis Verkehr und in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Optische Aufwertung der Sperrung an der Queichbrücke An 44

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron betonte, dass die Idee zu diesem Antrag schon älter sei. Er entstamme einer Anregung des Freundeskreises Landesgartenschau. Dies habe man gerne aufgegriffen, da man der Meinung sei dass die Absperrung mit diesen Baken eher suboptimal sei. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, wie eine optische Aufwertung erfolgen könnte. Dies reiche von großen Pflanzkübeln bis zur künstlerischen Gestaltung. Wichtig sei das Signal, dass sich die Mitglieder des Freundeskreis hier bei Planung und Pflege engagieren würden.

Der Vorsitzende erklärte, dass diese Absperrung als Provisorium gedacht gewesen sei. Schön sei dies sicher nicht. Irgendwann müsse man hier ohnehin tätig werden und die Brücke sanieren.

Ratsmitglied Marquardt teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19. Januar 2014, die Sperrung an der Queichbrücke An 44 optisch aufzuwerten, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Zustand der Landauer Brücken und Straßen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Doll begründete den Antrag. Es sei durchaus interessant, was die Bürger aus dem Horst in der Einwohnerfragestunde gesagt hätten. Der Ortsbeirat Queichheim mache sich stark für die Bürger vor Ort. Daher habe man am 20. November 2013 eine Liste an die Verwaltung gegeben mit einem Maßnahmenkatalog der dringlichsten Aufgaben. Hierzu würden ein Konzept zur Verkehrsberuhigung in der Schneiderstraße, eine verstärkte Präsenz der Polizei und schnellstmögliche Baumaßnahmen an der Horstbrücke gehören. Er bitte, diese Forderungen zügig umzusetzen. Zu dem Antrag sei zu sagen, dass es einen Plan gegeben habe mit den Maßnahmenstufen 1 bis 6. Hier stelle sich die Frage, ob dieser Plan aktualisiert sei. Es wäre sinnvoll, diesen Plan nochmals zu überarbeiten. Dem Verweis in den Bauausschuss werde man zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Stadtrat und nicht der Oberbürgermeister die Maßnahmen festlege. Das Bauamt habe alle Maßnahmen aufgelistet, die gemacht werden müssen. Gemäß der DIN-Norm erfolge alle 3 Jahre die Überprüfung der Brücken und Straßen. Es werde dann nach der Dringlichkeit der Maßnahmen abgearbeitet. Geschoben werde von allen gemeinsam und nicht vom Oberbürgermeister. Er biete an, dass in der Sitzung des Bauausschusses im März in öffentlicher Sitzung dargestellt werde, was schon gemacht worden sei und was noch gemacht werden müsse. Es sei schon verletzend wenn hier dem Bauamt Planlosigkeit vorgeworfen werde.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass es nicht um Planlosigkeit gehe. Dies werfe man der Verwaltung ausdrücklich nicht vor. Das Anliegen der CDU-Fraktion sei, hier noch einmal eine Bestandserhebung zu machen. Dabei müsse die Horstbrücke ein zentraler Punkt sein. Das momentane Zeitraster für die Horstbrücke sei bei der Fraktion mit einigen Fragezeichen versehen.

Ratsmitglied Marquardt war verwundert über den Antrag der CDU-Fraktion. Diese habe dem Bauprogramm im Dezember 2013 schließlich mehrheitlich zugestimmt. Die Maßnahmen würden anhand dieser Prioritätenliste bis 2017 abgearbeitet. Es stelle sich für ihn erneut die Frage, ob Kosten für die Kompletterneuerung der Horstbrücke vorgesehen seien.

Ratsmitglied Heuberger erklärte, dass es ihm darum gehe, dass die Priorität der verkehrlichen Infrastruktur stärker beachtet werde. Man könne es sich nicht leisten, die Horstbrücke 4 Jahre in diesem Zustand zu lassen. Hier müssten die Prioritäten verändert werden. Es sei wichtig auf diese Entwicklung zu reagieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, den Zustand der Straßen und Brücken zu überprüfen, wird in den Bauausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Festlegung eines festen Abschlussdatums für den Thomas-Nast-Nikolausmarkt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eisold begründete den Antrag. Im letzten Jahr habe der Nikolausmarkt bis zum 22. Dezember gedauert und sei von über 200.000 Besuchern besucht worden. Die Beschicker hätten übereinstimmend gesagt, dass es ein guter Nikolausmarkt gewesen sei. Der Markt sei auch ein Magnet für die Stadt und bringe in der wichtigen Vorweihnachtszeit viel Publikum in die Stadt. Für viele sei der Nikolausmarkt eine Begleitung in der Zeit des Advent bis Weihnachten. Deshalb der Antrag, den Markt zum festen Abschlussdatum am 22. Dezember enden zu lassen.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in den Vorstand des Büros für Tourismus zu verweisen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, den Thomas-Nast-Nikolausmarkt an einem festen Abschlussdatum enden zu lassen, wird in den Vorstand des Büros für Tourismus verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Bürgerbeteiligungs- und Bürgerinformationsplattform

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wies darauf hin, dass schon bei vielen großen Projekten Bürgerbeteiligung umgesetzt worden sei. Eine Bürgerbeteiligungsplattform habe nichts mit dem Neubau eines Rechenzentrums zu tun. Dies sei eine politische Entscheidung.

Ratsmitglied Schröer begründete den Antrag. Gerade die Beratungen im Hauptausschuss am 14. Januar hätten die Grünen zu diesem Antrag bewogen. Das mit dem neuen Rechenzentrum einhergehende neue IT-System brauche auch ein neues DV-Konzept. Es gehe in dem Antrag auch nur um den technischen Schnitt, der Einrichtung einer Schnittstelle. In der Frage, wie man dies umsetze gehe der Antrag der CDU sicherlich weiter. Dies werde man auch unterstützen. Jetzt gehe es erst einmal darum, diese Schnittstellen auch einzurichten. Dies sei ein politischer Wille und dies möchte man heute auch abstimmen lassen.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass sich in Sachen Bürgerbeteiligung zweifellos alle einig seien. Das Gespräch der CDU-Fraktion mit der Aktion „Mehr Demokratie“ habe einige Fragen aufgeworfen, die man nicht beantworten könne. Daher mache es Sinn, mit Fachleuten darüber zu sprechen. Was wolle man, was sei umsetzbar, wo liegen die Risiken? Der CDU-Fraktion sei es sehr wichtig, mehr Klarheit in die Diskussion zu bringen. Die Verwaltung sollte einen Vorschlag machen, wann und mit welchen Fachleuten man diese Anhörung machen könne.

Ratsmitglied Dr. Migl fand eine Anhörung zu diesem Thema durchaus sinnvoll. Es gebe in anderen Städten unterschiedlichste Formen der Bürgerbeteiligung. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen sei ihr zu unkonkret. Sie wisse nicht, ob das so problemlos umsetzbar sei.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass man gar nicht unbedingt ein amerikanisches Tool benötige. Die Bundeszentrale für politische Bildung biete es kostenlos an, die Berufsbildende Schule nutze dies.

Ratsmitglied Brunner stellte klar, dass der Antrag der Grünen auf die technische Seite ziele. Wenn jetzt Hard- und Software bestellt werde, dürfe man nicht die Chancen für die Zukunft verbauen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass man nichts kaufe und einrichte, was dann nicht mehr möglich wäre. Er bitte darum, dies im Hauptausschuss am 11. Februar zu besprechen wie man hier weitermache.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron gab zu bedenken, dass die virtuelle und elektronische Bürgerbeteiligung auch nur ein Aspekt der Gesamtthematik Bürgerbeteiligung sei. Auch der Stadtrat sei letztlich aktive Bürgerbeteiligung. Man müsse daher auch über ganz reale Bürgerbeteiligung in der Stadt sprechen, denn Bürgerbeteiligung sei viel umfassender. Deshalb sollte man die Diskussion umfassend führen und alle diese Aspekte mit hinzunehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, im EDV-System eine Bürgerbeteiligungs- und Bürgerinformationsplattform einzurichten, wird in den Hauptausschuss verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8.1. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Anhörung zum Thema "Interaktive Angebote zur Bürgerbeteiligung"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20. Januar 2014, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 8 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

eine Anhörung zum Thema „Interaktive Bürgerbeteiligung“. Die Einzelheiten hierzu werden in der Sitzung des Hauptausschusses am 11. Februar 2014 besprochen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Frau Karin Reth-Scholten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 20. Dezember 2013, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Frau Karin Reth-Scholten, Schlettstadter Straße 44 a, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

8. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 13. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Ab Februar werde Herr Dr. Schockert vom Umweltministerium in Mainz einmal in der Woche in Landau sein. Man gehe davon aus, dass die Zeit- und Kostenplanung eingehalten werden könne.

Heute Nachmittag sei der Förderbescheid des Innenministeriums zum Spiel- und Freizeitcampus eingegangen. Die Förderung betrage insgesamt 1,435 Millionen Euro, dies seien 80 % der Gesamtsumme. Dies gehe deutlich über die normale Förderhöhe von 40 % hinaus. Insgesamt sei es darum gegangen, dem Land deutlich zu machen, dass die Maßnahmen eine deutliche qualitative Verbesserung für die Südstadt bedeuten. Dies sei gelungen. Der Sport- und Freizeitpark sei schon vor Jahren als Vision angedacht gewesen. Ohne die Landesgartenschau hätte man diesen nie realisieren können.

Auch für die Sporthalle auf dem Landesgartenschau Gelände sei der Förderbescheid heute eingegangen. Hier betrage die Gesamtförderung 823.000 Euro.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron dankte der Verwaltung und der LGS GmbH für ihren Einsatz für dieses Großprojekt. Was man hier seit Jahren durchexerziere sei Stadtentwicklung par excellence, aber auch ein ständiger Lernprozess. Man bleibe auf einem richtigen und guten Weg. Er wolle anerkennen, dass die regelmäßigen Controllingberichte eine sinnvolle Sache seien.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Zufriedenheit über das Ergebnis sicherlich den Ärger über die Hängepartie überwiege. Ihm sei bewusst, dass dies viel Überzeugungsarbeit in den Gesprächen bedeutet habe. Dies sei sehr positiv zu bewerten. Trotzdem wolle er nachfragen, ob mit den beiden noch ausstehenden Zuschüssen auch zu rechnen sei.

Herr Messemer entgegnete, dass diese beiden Vorgänge beim Land in Bearbeitung seien.

Ratsmitglied Schröer freute sich, dass man nun hoffentlich endlich in harmonischeres Fahrwasser komme. Bei jedem Großprojekt habe man Herausforderungen. Sie sei der Meinung, dass man die Herausforderungen gut gemeistert habe. Die Verschiebung habe allen Bauchschmerzen bereitet, aber es gehe nun in eine gute Richtung und werde einen guten Abschluss finden.

Ratsmitglied Freiermuth sprach der Verwaltung ebenfalls den Dank der FWG-Stadtratsfraktion für den Einsatz in Mainz aus. Die Sorgenfalten seien mit dem jetzt vorliegenden Bescheid aus Mainz kleiner geworden.

Ratsmitglied Silbernagel schloss sich den Ausführungen von Herrn Freiermuth an. Es falle einem ein Stein vom Herzen. Er bitte um Erläuterung, warum ein Mitarbeiter des Umweltministeriums fest in Landau installiert werde und ob dies finanzielle Auswirkungen habe.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Erläuterungen bezüglich des höheren Defizits im Durchführungshaushalt.

Der Vorsitzende erläuterte, dass keine zusätzlichen Kosten durch den Einsatz des Mitarbeiters aus dem Umweltministerium entstehen.

Die Kosten des Durchführungshaushaltes seien zu 100 % bei der Stadt. Durch die Verschiebung seien natürlich höhere Kosten entstanden, insbesondere für Personal. Die Alternativen wären Entlassungen gewesen. Man bilde schon seit Jahren für diese Kosten des Durchführungshaushaltes Rückstellungen. Die Einnahmen seien bewusst sehr konservativ berechnet worden. Im Gegenzug seien die Ausgaben relativ genau beziffert. So kenne man das maximale Risiko für die Durchführung der Landesgartenschau.



Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ - Vermarktungsstrategie 2014

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es gebe klare Vermarktungsgrundsätze. Grundlage sei der Verkauf mindestens zum Verkehrswert. Der Verkauf erfolge in Einzelgrundstücken oder kleinen Paketen, nicht jedoch in großen Tranchen. Ziel sei die gestaffelte Entwicklung des Quartiers und damit eine zeitliche Staffelung der Grundstücksverkäufe. Im Regelfall werde es eine öffentliche Ausschreibung der Grundstücke mit festgelegten Kriterien geben. Die Baufelder 24 und 25 würden für die Errichtung von Einfamilienhäusern in verdichteter Bauweise ausgewiesen. Eine Vermarktung erfolge während der Landesgartenschau, die Bebauung aber erst 2016.

In der ersten Verkaufstranche habe sich die Universität für ein Baufeld beworben. Das Angebot habe aber leider unter dem Verkehrswert gelegen. Daher habe man keinen Zuschlag erteilen können. Im Moment sei man mit der Universität im Gespräch, um mögliche Standortalternativen zu finden. Wichtig sei, dass auch die Energie Südwest mit dabei ist. Die Energie Südwest arbeite mit einem Investor aus Trier zusammen, der bereits Gebäude zur Landesgartenschau in Trier errichtet habe. Ein weiterer Aspekt sei der bezahlbare soziale Wohnungsbau. Man kenne den Handlungsbedarf in der Gesamtstadt. Bei einem Austausch der Verwaltung mit Investoren und Bauträgern sei deutlich geworden, dass das Landauer Bodenpreisgefüge eine Nettokaltmiete zwischen 6 und 7 Euro/qm zulasse. Man werde Areale ausweisen, der Wohnpark Am Ebenberg sei dabei ein möglicher Standort. Eine Durchmischung dieses Gebietes sei ausdrücklich gewünscht.

Ratsmitglied Dr. Kopf sprach von einer durchaus wichtigen Entscheidung. Man beschließe nicht den Verkauf irgendwelcher Grundstücke, sondern setze bewusst Mosaiksteine zu einem großen Bild der Stadtentwicklung zusammen. Die Weichen für diese Entwicklung seien schon sehr früh gestellt worden. Diese Entscheidung sei schon lange vor der Landesgartenschau gefällt worden. Es zeige sich nun, wie wichtig die damalige Entscheidung des Stadtrates gewesen sei. Gleichwohl sei die Landesgartenschau eine Zeitmaschine dieser Entwicklung. Die SPD-Fraktion habe immer betont, dass man diese Durchmischung haben wolle. Wichtig sei ihm, dass man von Seiten der Stadt auf die Universität zugehe und nach geeigneten Flächen suche. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Eichhorn war der Auffassung, dass die Vermarktungsstrategie von der Vielfalt der angebotenen Wohnmöglichkeiten lebe. Sie sei bürgerfreundlich und sozial ausgewogen. Der Wohnpark werde sich in etwa 10 Jahren als aufgelockertes und wohltuendes Areal erweisen. Die Verwaltung sollte sich um die Findung einer Realisierungsmöglichkeit für die Universität bemühen. Weiter solle die Möglichkeit für sozialen und bezahlbaren Wohnraum geschaffen werden. Damit einher gehe eine Verbesserung der sozialen Durchmischung. Ein wesentlicher Faktor dieser Vermarktungsstrategie sei die öffentliche Ausschreibung der Grundstücke. Dass sich in der Nord-Ost-Ecke nach der Landesgartenschau möglicherweise kein Lebensmittelvollsortimenter ansiedelt, sollte kein Beinbruch sein. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Man sei froh, dass kein Großinvestor dieses Gebiet entwickle, sondern dass es eine gute Durchmischung gebe. Sie bitte eindringlich, dass sozialer Wohnungsbau in diesem Gebiet auch tatsächlich stattfindet. Es sei wohl die Absicht erklärt worden, aber der Baustein fehle noch.

Ratsmitglied Freiermuth fand es bemerkenswert, was sich auf diesem Gelände tut. Es zeige sich, dass die Verschiebung der Landesgartenschau auf 2015 kein Nachteil gewesen sei. Man müsse darauf achten, dass Gewerbe und auch die Universität zum Zuge kommen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.



Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass dies ein Quantensprung sei, den man hier erlebe. Es würden die unterschiedlichsten Bauwilligen angesprochen. Hinzu komme, dass dies in der Südstadt angesiedelt sei, einem in der Vergangenheit durchaus problematischen Gebiet. Die Südstadt werde deutlich aufgewertet und es erfolge keine Ghettobildung. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt sah die Sitzungsvorlage im wesentlichen positiv. Viele Anliegen der UBFL seien berücksichtigt. Es gebe viele kleine Parzellen und viele kleine Investoren und nicht nur einen Großinvestor. Berücksichtigt sei auch, dass hier Baugruppen zum Zug kommen. Für die UBFL sei es ganz wichtig gewesen, dass hier viele verschiedene Investoren zum Zug kommen. Durch die um 7 % höheren Verkaufserlöse habe man auch dem städtischen Haushalt noch etwas gutes tun können. Weniger positiv sei, dass sich die Stadt beim sozialen Wohnungsbau leider zu wenig engagiere. Es stelle sich jetzt auch heraus, dass der Verkauf von Baufeld 13 ein Fehler gewesen sei. Er sehe die Erfordernis für diesen Durchbruch nicht gegeben. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er sicher sei, dass man mit der Universität eine Lösung finden werde. Wenn man über die Qualität dieser Maßnahme rede, empfehle er, die Cornichonstraße im Jahr 2011 mit der Cornichonstraße im Jahr 2013 zu vergleichen. Dort werde Stadtentwicklung sichtbar.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der in der Begründung und im Vermarktungslageplan (Anlage 1) dargestellten Vermarktungsstrategie für die Baufelder innerhalb des Konversionsgebietes Landau-Süd wird zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2014 die bereits angelaufenen Grundstücksvergabeverfahren (Ausschreibung 2013, Baugruppenprojekte; in der Anlage 1 jeweils schraffiert dargestellt) abzuschließen und die Grundstücksverkäufe einzuleiten.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach der erfolglosen Bewerbung der Universität Koblenz-Landau für Baufeld 1, die geplanten/ gewünschten hochschulbezogenen Nutzungen zusammen mit der Universität und Partnern der Universität zu konkretisieren und geeignete Optionsflächen für eine solche Nutzung zu finden. Die Gremien sind nach Abschluss der Verhandlungen über die Ergebnisse zu informieren.**
- 4. Die Baufelder 22 und 22b (Optionsfläche für die ESW, ehemaliges DENA-Haus) sollen an einen Bauträger als Partner der ESW verkauft werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung von zwei Punkthäusern auf diesen Baufeldern einzuleiten und vertraglich sicherzustellen, dass die baulichen Anlagen bis zum Beginn der Landesgartenschau äußerlich fertig gestellt sind.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, Baufelder für sozialen bzw. bezahlbaren Wohnungsbau im Geltungsbereich der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme zu definieren, die rechtlichen Instrumente zur Umsetzung einer solchen Bebauung zu benennen und die Reservierung von Baufeldern für entsprechende Projekte vorzunehmen.**
- 6. Die Baufelder 23, 24 und 25 bleiben für die Bebauung mit Einfamilienhäusern in verdichteter Bauweise (Doppel-, Reihen- oder Stadthäuser) reserviert und sollen im Zuge der Landesgartenschau Bauinteressierten auf Basis eines fortgeschriebenen Rahmenplans mit konkreten Grundstückszuschnitten für eine Bebauung ab 2016 angeboten werden. Die Vermarktung dieser Baufelder wird aufgrund der Verschiebung der Landesgartenschau ebenfalls um ein Jahr auf 2015 geschoben.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Satzung über die 1. Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplangebietes D 10 „Gewerbegebiet Froschau“ (neue Benennung „Gewerbepark Messegelände-Ost“) der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Ellinghaus betonte, dass die Grünen dieses Gewerbegebiet D 10 nicht gewollt hätten. Für ihn sei der Versuch durch immer neue Gewerbegebiete Geld in die Kassen zu spülen an seinen Grenzen angelangt. Gefragt seien Ideen für blühende Gewerbegebiete ohne immer neue Flächen dafür zu opfern. Hier gebe es keine Konzepte außer seit Jahrzehnten ungedrosselten Flächenverbrauch. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage daher nicht zu.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ablehnen werde. Der Flächenverbrauch sei immens.

Der Vorsitzende entgegnete, dass im Gewerbegebiet inzwischen 2000 Arbeitsplätze entstanden seien. Das Kino und das Freizeitcenter seien Frequenzbringer in die ganze Südpfalz hinein. Es sei auch ein nicht unerheblicher Teil der Gewerbesteuererträge, mit denen auch soziale Projekte finanziert würden. Natürlich werde irgendwann der Punkt erreicht sein, an dem die Flächen erschöpft sind.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron widersprach der Darstellung des Flächenverbrauchs. Er frage sich, was hier für eine Fläche verbraucht werde. Man veredle die Fläche in diesem Gebiet. Dort werde das Geld erwirtschaftet, das die UBFL so gerne wohltätig verteile. Diese Entwicklung sei wichtig und nicht die Errichtung eines Landauer Freilichtmuseums, wie es die UBFL gerne hätte. Die deutliche Mehrheit des Rates habe hier glücklicherweise eine andere Meinung und gehe diesen Weg weiter. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ausdrücklich zu.

Ratsmitglied Doll unterstrich, dass Queichheim froh über diese Entwicklung sei. Es gebe nun die Perspektive für den bestehenden Schweinemastbetrieb zur Umwandlung in einen Hofladen.

Ratsmitglied Scheid fragte nach der Zuwegung zu dem neuen Hofladen, Hier gebe es ja nur einen Wirtschaftsweg.

Herr Kamplade antwortete, dass es sich um einen Betrieb im Außenbereich handle und somit die Zufahrt nur über den Wirtschaftsweg möglich sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der in der Anlage beigelegte Entwurf der Satzung über die 1. Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für den Bereich des Bebauungsplangebietes D 10 „Gewerbegebiet Froschau“ (neue Benennung „Gewerbepark Messegelände-Ost“) der Stadt Landau in der Pfalz wird als Satzung beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Kampfmittelbelastungskarte

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 20. Januar 2014, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man müsse sich bewusst sein, dass man niemals alle Kampfmittel finden werde. Gleichwohl müsse man das heute technisch machbare tun, um ein Höchstmaß an Sicherheit herzustellen. Mit gewissen Unsicherheiten werde man allerdings weiterhin leben müssen.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Das Thema Kampfmittel mache vor dem Wohnpark Am Ebenberg nicht halt. Nicht zuletzt seit den Ereignissen in Euskirchen sei es notwendig, das gesamte Stadtgebiet in den Fokus zu nehmen. Die Erstellung einer Kampfmittelbelastungskarte sei wichtig, um nicht bei jeder Maßnahme oder bei jedem Investitionsprojekt bei Null anfangen zu müssen. Man werde mit dieser Karte Aufschlüsse für künftiges Handeln erhalten. Mit diesem Handeln beschreite man ein Stück weit Neuland in Rheinland-Pfalz. Das Angebot der Firma über 60.000 Euro sei sehr verträglich.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begrüßte dieses Vorgehen der Verwaltung ausdrücklich. Wenn es diese technischen Möglichkeiten gebe, dann sollte man diese auch nutzen. Er regte an, dass das Unternehmen in einer öffentlichen Veranstaltung darstelle, wie dies ablaufe. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Der Vorsitzende verdeutlichte, dass man objektiv seit 70 Jahren mit dieser Gefahr lebe. Jetzt erst falle es uns auf die Füße.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass dies eine sehr sinnvolle Maßnahme sei. Im Endeffekt sei es eine kleine Summe, die man hierfür bereitstellen müsse. Man versuche zumindest Wege zu finden, um die Gefahr zu minimieren. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Es sei richtig, das ganze Stadtgebiet zu untersuchen und datentechnisch zu erfassen. Die Datenaufstellung und Archivierung alleine werde uns aber nicht zu mehr Sicherheit führen. Es werde aber der Handlungsrahmen klar. Dann müsse man auch Entscheidungen treffen, wie man mehr Sicherheit herstellen wolle. Dies werde sicherlich mehr als 60.000 Euro kosten.

Ratsmitglied Eichhorn teilte mit, dass auch die CDU-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen werde. Für die Bauleitplanung sei dies in Sachen Sicherheit ein großer Fortschritt.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass dies ein notwendiger Schritt sei, das gesamte Stadtgebiet zu kartieren. Die Auswirkungen werde man erst sehen, wenn man tätig werden müsse. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dieser Vorlage einen Ausdruck für die Sensibilisierung der Verwaltung für diese Problematik. Es gehe hier um Arbeitssicherheit und um Sicherheit von Menschen. Dies sei eine vorbeugende vorbereitende Maßnahme. Ohne Zweifel sei dies eine sehr sinnvolle Vorlage. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu. In diesem Zusammenhang interessiere sie, wann das Ergebnis der Kampfmittelbelastung im Bürgergraben vorliege.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Die Firma Luftbilddatenbank Dr. Carls GmbH wird beauftragt, gemäß ihres Angebotes vom 22.10.2013 folgende Leistungen für die Stadt Landau zu erbringen:**



- a. **Erstellung einer Kampfmittelbelastungskarte für das gesamte Stadtgebiet Landau**
 - b. **Die Auswertung von Ladelisten von Luftangriffen der US-Airforce und der Royal Airforce (RAF) auf Landau.**
2. **Der Auftrag mit einem Auftragswert von vorläufig ca. 57.600 Euro wird vor Genehmigung des Haushaltes erteilt.**
3. **Der EWL wird mit der Abwicklung des Auftrages beauftragt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Kautzmann stellte die Frage, ob angedacht sei, wesentliche Informationen auf der Homepage der Landesgartenschau auch in französischer Sprache zu veröffentlichen.

Herr Schmauder entgegnete, dass die Mehrsprachigkeit einer Homepage sehr kostenintensiv sei. Er nehme die Anregung aber gerne mit und werde im nächsten Stadtrat dazu berichten.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem Stand beim Bürgergraben.

Der Vorsitzende betonte, dass es sein Wille gewesen sei, erst an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn alles geklärt ist. Die Presse habe es nun früher aufgegriffen. Am 3. Februar werde man Informationsveranstaltungen durchführen und dann in der nächsten Sitzung des Werksausschusses ebenfalls über den aktuellen Stand berichten. Man könne auch im Stadtrat über die finanzielle Situation und die Situation der Bewohner abschließend informieren.



Die Niederschrift über die 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 28.01.2014 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 146.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete